



2. Roma-Statusbericht

Entwicklung der Zuzüge von EU- Unionsbürgern aus Südosteuropa

Berlin – Neukölln

April 2012

Herausgeber:

Bezirksamt Neukölln von Berlin

Abteilung Bildung, Schule, Kultur und Sport

Karl-Marx-Straße 83

12040 Berlin

INHALTSVERZEICHNIS

0.	Vorbemerkung	S. 3
1.	Ansprechpartner	S. 3
2.	Ausgangslage	S. 4
3.	Problemkreise und Grenzen kommunaler Einflussnahme	S. 6
4.	Lösungsansätze und Maßnahmen	S. 12
5.	Fazit und Ausblick	S. 19

0. VORBEMERKUNG

Dieser Statusbericht konzentriert sich bezogen auf den Bezirk Berlin – Neukölln auf Entwicklungen, die sich in Berlin, Deutschland und Westeuropa im Zuge einer Armutswanderung von vor allem Roma - Familien aus den neuen EU-Beitrittsländern Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Polen seit etwa 3 Jahren abzeichnen. Die Dokumentation erhebt nicht den Anspruch einer wissenschaftlichen Arbeit, sondern eines Berichtes aus der praktischen Tätigkeit vor Ort – gesammelten Informationen der Mitarbeiter der Dienststellen Neuköllns, freien Trägern und Situationsberichten Betroffener. Ziel ist, gebündelt Auskunft über die auftretenden Stolpersteine durch die verstärkten Zuzüge von Unionsbürger/innen aus den neuen Beitrittsländern der EU nach Neukölln zu geben. Überwiegend leben in Neukölln Rumänen und Bulgaren; nur zu einem geringen Anteil sind es Familien aus Polen oder Ex-Jugoslawien, diese leben teilweise auch schon mehrere Jahre im Bezirk und haben auch einen anderen rechtlichen Status. Dies verhält sich anders z.B. in Mitte, wo auch sehr viele Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien oder in Marzahn-Hellersdorf, wo polnische Roma leben. Der überwiegende Anteil der zugewanderten Familien gehört der Ethnie der Roma an. Es gibt immer wieder fachliche Diskussionen, wie die Zielgruppe bezeichnet werden sollte. Verallgemeinerungen verzerren die Problemlage, denn Rumänen/Bulgaren/Polen etc. haben nicht per sé diese Schwierigkeiten - und konkrete Bezeichnungen können wiederum stigmatisieren. Der Herausgeber wählt – trotz kontroverser Meinungen – die Bezeichnung Roma. Deutlich wird aber betont, dass es sich hier um EU-Unionsbürger und Neu-Neuköllner handelt.

Die Überarbeitung des ersten Statusberichts erfolgte mit der Unterstützung von Amaro Drom/Amaro Foro e.V., der Taschengeldfirma e.V. und dem Diakoniewerk Simeon gGmbH. Verantwortlich für den Inhalt ist aber ausschließlich der Herausgeber.

1. ANSPRECHPARTNER

Das Bezirksamt Neukölln hat im Juni 2011 festgelegt, dass die Abteilung Bildung, Schule, Kultur und Sport federführend die Aktivitäten des Bezirks zur Integration der neu zugewanderten Unionsbürger aus den neuen Beitrittsländern in Neukölln koordinieren soll.

Die politische Verantwortung liegt somit bei der **Bezirksstadträtin für Bildung, Schule, Kultur und Sport:**

Frau Dr. Franziska Giffey

Postanschrift: Karl-Marx-Straße 83, 12040 Berlin

Dienstgebäude: Raum A2.23, Boddinstraße 34, 12043 Berlin

Tel.: 030-90239-2230

franziska.giffey@bezirksamt-neukoelln.de

Ansprechpartnerin in der Abteilung Bildung, Schule, Kultur und Sport ist die **Neuköllner Europabeauftragte:**

Frau Cordula Simon

Postanschrift: Karl-Marx-Straße 83, 12040 Berlin

Dienstgebäude: Raum A2.20, Boddinstraße 34, 12043 Berlin

Tel.: 030-90239-2592

europa@bezirksamt-neukoelln.de

Darüber hinaus ist der **Neuköllner Migrationsbeauftragte** Ansprechpartner für allgemeine Fragen zu Sinti und Roma und zu Unionsbürgern aus den neuen Beitrittsländern in Neukölln:

Herr Arnold Mengelkoch

Karl-Marx-Straße 83, 12040 Berlin

Tel.: 030-90239-2951

migrationsbeauftragter@bezirksamt-neukoelln.de

2. AUSGANGSLAGE

Der Berliner Bezirk Neukölln hat etwa 302.000 Einwohner, die Hälfte davon lebt im Norden. Betrachtet man den Migrationsstatus der Neuköllner Bevölkerung, so liegt der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund bei 38,7 %. Das heißt, dass mehr als ein Drittel der Bevölkerung, etwa 117.000 Menschen nichtdeutscher Herkunft sind. Neukölln ist damit wie kein anderer Berliner Bezirk von Zuwanderung geprägt. In einigen nördlichen Gebieten des Bezirks liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bei über 60 %, in mehreren Schulen bei über 90 %.

Seit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens zur Europäischen Union gibt es im Norden Neuköllns einen wachsenden Zuzug von Unionsbürgern aus den neuen Beitrittsländern- Familien, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu u.a. unterschiedlichen Religionen, Nationalitäten und sozialen Schichten eine ethnisch sehr heterogene Gruppe bilden. Die Familien organisieren ihre Lebensweise und Kultur überwiegend in ihren bekannten Sozialstrukturen. Sie haben sprachlich und aus eigenen oder geschichtlich bedingten Erfahrungen bedingt große Hemmnisse oder Vorbehalte in Bezug auf die Inanspruchnahme von staatlichen Angeboten der offenen, ambulanten und stationären Jugendhilfe oder von allgemeiner Familienberatung. Gleichzeitig haben die meisten den Wunsch nach einem dauerhaften Aufenthalt in Deutschland.

Die anfänglichen Zuzugsbewegungen 2007 / 2008 wurden als temporär auf die Sommersaison beschränkte Aufenthalte wahrgenommen, in denen eine Zunahme von Unionsbürgern aus den neuen Beitrittsländern im öffentlichen Straßenbild zu beobachten war. Die ersten Schwierigkeiten traten im Sommer 2008 in der Neuköllner High-Deck-Siedlung mit überbelegten Wohnungen durch Saisonarbeiter auf. Da es hier nur zwei große Vermieter und ein engagiertes Quartiersmanagement gibt, konnten die Schwierigkeiten für den sozialen Frieden in der Region mit den Familien, die dauerhaft hier bleiben wollten, einvernehmlich gelöst werden. Punktuell befassten sich die Betroffenen in den Quartieren, die aus Mitteln des EU-Bund-Länder Programms „Soziale Stadt“ gefördert wurden, mit dieser Zielgruppe. Da ein Großteil jedoch nicht angemeldet war und auch wieder weiter wanderte oder sich auch erst später melderechtlich registrieren ließ, wurde die zunehmende Zuzugswelle von Bleibewilligen anfänglich nicht erkannt. Der darauf folgende Wechsel, zwischen den weiterhin in andere Bezirke/Städte/Länder migrierenden EU-Bürgern und denen, die dauerhaft ihren Wohnsitz in Berlin-Neukölln wünschen, verlief fließend.

Seit 2009 / 2010 hat sich der Zuzug von Menschen aus Bulgarien und Rumänien, viele davon mit Roma-Hintergrund, in den Bezirk Neukölln verstärkt. Die meisten von ihnen leben in prekären Lebensverhältnissen. Die Anzahl der Familien kann aus Sicht des Bezirksamtes und des zuständigen Polizeiabschnitts derzeit lediglich geschätzt werden, weil die erforderlichen belastbaren Daten bisher fehlen.

Seit Herbst 2010 nimmt die Anzahl der Schüler/innen aus Rumänien und Bulgarien stetig zu. Besuchten zu Beginn des Jahres 2011 548 Kinder aus Südosteuropa - viele davon aus den neuen Beitrittsländern - die Neuköllner Schulen, rechnet das Schulamt in diesem Jahr bereits mit **650 – 700 Kindern**. Seit Ende des Jahres 2011 ist das Schulamt in der Situation, im Oberschulbereich eine Warteliste führen zu müssen, da Sekundarschülern aufgrund fehlender räumlicher und personeller Kapazitäten nicht adhoc ein Schulplatz zugewiesen werden kann. Exemplarisch sei hier die Entwicklung an der Hans-Fallada-Schule benannt: September 2011 70 Kinder rumänischer Herkunft, Januar 2012 bereits 90 Kinder und es liegen bereits 10 Anmeldungen für August 2012 vor. Diese Schule ist eine Schwerpunktschule, da sich im Gebäudekomplex Harzer Straße/ Ecke Treptower Straße die größte berlinweite Ansiedlung von Rumänen etabliert hat.

Die örtliche Ansiedlung muss auch innerhalb Neuköllns differenziert betrachtet werden. Während im Norden mehr Rumänen und Bulgaren leben, ist in der High-Deck-Siedlung seit 2011 auch ein Zuzug von Polen festzustellen. Im Süden gibt es nur eine Ansiedlung, die vor ca. 3,5 Jahren begann, von kinderreichen Roma-Familien, welche mehrheitlich aus dem ehemaligen Jugoslawien, im Besonderen aus dem heutigen Bosnien und Herzegowina stammen und zumeist in den Häusern Selgenauer Weg 8 – 16 leben. Diese Familien lebten zuvor in Reinickendorf und Spandau. In den Sommermonaten (saisonbedingt) finden sich, in großer Anzahl, Familienteile - vermutlich Verwandte/Bekannte der ansässigen Familien aus anderen Berliner Bezirken und Bundesländern dort ein. Dadurch kam es zu größeren Ansiedlungen von nicht genau zu beziffernden Kindern und Jugendlichen und Erwachsenen, die bei ihren Verwandten / Bekannten unterkommen. Mit den zuvor schon beschriebenen Auffälligkeiten führte dies zum Wegzug der überwiegend älteren deutschen Mieterschaft, verbunden mit einem „subjektiven“ Gefühl der Kriminalitätssteigerung, die sich durch die Polizei jedoch nicht bestätigte. Diese Beobachtung der Polizei trifft im Übrigen auch auf die anderen Wohnkomplexe zu.

Eine besondere Herausforderung für alle beratenden und unterstützenden Bereiche ist die Diversität der Zielgruppe. Je nach Clan-, Religions- und Staatszugehörigkeit gibt es starke Unterschiede, die für den Außenstehenden verunsichernd wirken. Gleichzeitig gibt es auf Seiten der Ethnie basierend auf geschichtlichen Erfahrungen und auch aus Erfahrungen aus jüngster Zeit in ihren Heimatländern ein sehr stark verwurzeltes Misstrauen gegenüber staatlichen Stellen.

3. PROBLEMKREISE UND GRENZEN BEZIRKLICHER EINFLUSSNAHME

Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration hat zu den Rechtsgrundlagen zu Aufenthalt und Bildung für Roma und europäische Wanderarbeitnehmer/innen aus Rumänien, Bulgarien, Polen und von Flüchtlingen aus Albanien, Bosnien, Kroatien, Mazedonien, Montenegro oder Serbien ein ausführliches Informationsblatt herausgegeben.

http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration/migration/publikationen/recht/informationsblatt_wanderarbeiter_stand_oktober_2011.pdf?star&ts=1318247305&file=informationsblatt_wanderarbeiter_stand_oktober_2011.pdf

A. Meldewesen

Nach der Änderung des Meldegesetzes vor einigen Jahren ist eine Anmeldung auch ohne Unterschrift des Vermieters bzw. Mietvertrag möglich. Dies führt dazu, dass bei einzelnen Häusern rein melderechtlich sehr viel mehr Personen angemeldet sind, als dort wirklich wohnen können oder sie wohnen dort wirklich unter sehr beengten Verhältnissen. Trotz des erleichterten Meldewesens sind nicht alle in Neukölln lebenden Rumänen und Bulgaren auch melderechtlich erfasst. Dies ist für die Beschreibung der Problemlage bzw. Ermittlung des notwendigen Unterstützungsbedarfes hinderlich.

Deshalb lassen sich auf der Grundlage der Einwohnerstatistik auch keine genauen Zahlenangaben zu den in Berlin gemeldeten Roma mit ausländischer Staatsbürgerschaft machen. Nach Angaben des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg ¹ waren zum 30.06.2011 aber insgesamt nur rund 20.000 Menschen mit Staatsangehörigkeiten der drei EU-Mitgliedstaaten Bulgarien, Rumänien und Ungarn - in Berlin melderechtlich registriert.

Staats- angehörigkeit	insgesamt	davon unter 15 Jahren	davon unter 15 Jahren (in %)
Bulgarien	11.326	1.171	10,3%
Rumänien	6.012	806	13,4%

http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Publikationen/Stat_Berichte/2011/SB_A1-5_hj01-11_BE.pdf,

Betrachtet man die vom Bezirksamt Neukölln ermittelten Schülerzahlen von knapp 700 nur für Neukölln, dürfte die begrenzte Aussagekraft der Statistik für die Praxis deutlich werden.

B. Lebensunterhalt

Nur wenige der neu Zugewanderten können mit einer EU-Arbeitsgenehmigung einer abhängigen Beschäftigung nachgehen. Die Anforderungen an die Erteilung dieser sind so hoch, dass nur in wenigen Ausnahmefällen Rumänen oder Bulgaren diese erlangen. Viele nutzen aufgrund der Arbeitnehmer-freizügigkeitsbeschränkungen bis zum 31.12.2013 eine Regelungslücke und melden ein - nur anzeigepflichtiges - Gewerbe an. Sie üben dann dieses Gewerbe aus - oft sind sie Subunternehmer oder verschleierte Arbeiter im Baubereich.

Da das hier erzielte Einkommen nicht ausreicht, um die eigene Existenz zu sichern, haben sie gemäß den Vorschriften der Bundessozialgesetzgebung Anspruch auf ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt für sich und ihre Familie. Diese gesetzliche Regelung hatte die Intention, Unternehmensgründer auf dem Weg in die Selbstständigkeit zu unterstützen. Aufgrund der Familiengröße und der beschränkten Aussicht für die Selbstständigen, ausreichend Einkommen für den Lebensunterhalt ihrer Familien zu erzielen, sind sie sog. „Aufstocker“. Damit steht ihnen oftmals eine bessere soziale Absicherung als in ihren Heimatländern zur Verfügung.

Eine Datenerhebung des Gewerbeamtes des Bezirks Neukölln zum März 2012 hat ergeben, dass **1377 bulgarische** und **1034 rumänische** Personen ein **Gewerbe in Neukölln** angemeldet haben. Diese Zahl gibt aber noch keinen Hinweis auf eine ethnische Zugehörigkeit. Verstärkt melden Rumänen und Bulgaren auch Gaststättenbetriebe ohne Schankerlaubnis mit Spielautomaten an. Dies sind oftmals aber keine Roma. Ein Hauptteil der Gewerbeanmeldungen konzentriert sich auf wenige Gebäudekomplexe (ca. 20). Diese Häuser bzw. Gebäudekomplexe sind der Verwaltung überwiegend auch durch Meldungen der Nachbarn oder Hinweise von Beratungsstellen bekannt.

Das Jobcenter kann mit seinen Zahlen aber nicht bestätigen, dass alle Gewerbetreibenden ihren Lebensunterhalt über Transferzahlungen aufstocken. Dennoch ist im letzten Jahr ein erheblicher Anstieg dieses Personenkreises unter den Leistungsbeziehern festzustellen.

Diese Häufung von Rumänen, Bulgaren und Polen ist für das Siedungsverhalten von Menschen im Allgemeinen nicht weiter unüblich; Angehörige einer Nationalität in einem fremden Land bevorzugen die örtliche Nähe zueinander. Wenn dann noch die „Vermietungspolitik“ einiger Eigentümer ihr Übriges tut, dann entstehen für das Zusammenleben in einem Bezirk ungünstige Konstellationen von Segregation.

Seit 01.01.2012 hat sich die rechtliche Situation zum Zugang zum Arbeitsmarkt etwas gelockert. Es entfällt die Arbeitserlaubnispflicht für Fachkräfte mit Hochschulabschluss bei entsprechend qualifizierter Beschäftigung, bei der Aufnahme betrieblicher Ausbildungen und bei Saisonbeschäftigungen. Außerdem wird bei Beschäftigungen in Ausbildungsberufen die Vorrangprüfung ausgesetzt. Es wird damit nicht zuerst geprüft, ob es für eine Stelle einen inländischen Arbeitsuchenden gibt. Im Hinblick auf die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit zum 01.01.2014 ist dies ein wichtiger Schritt, um jungen Menschen mit einer beruflichen Qualifizierung beispielsweise im Handwerksbereich eine Möglichkeit zur Erzielung eines Einkommens zu bieten.

Die Menschen, die jedoch nicht gemeldet sind, leben in einer Ausnahmesituation und müssen jede Möglichkeit nutzen, um sich und ihre Familie zu ernähren. Sie verfügen weder über finanzielle Mittel ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, noch über eine Krankenversicherung. In dieser Situation – die als Übergangssituation zu verstehen ist, schicken manche ihre Kinder nicht zur Schule und sie leben vom Betteln, von Gelegenheitsjobs, von der Prostitution oder illegalen Geschäften.

Eine neuere Erkenntnis ist, dass einige Personen bereits überschuldet sind. Dies hat unterschiedliche Ursachen. Beispielsweise wird der Krankenversicherungsbeitrag für mehrere Monate rückwirkend erhoben, wenn sich eine Person erst im Nachhinein anmeldet.

Der Rückstand bei der Krankenversicherung kann aber auch zur Folge haben, dass die Person keinen Versicherungsschutz erhält. Überhöhte Stromrechnungen durch die Nutzung von Elektroheizgeräten (der Vermieter hat nicht genug Heizöl bereitgestellt) und andere - ohne wirkliche Kenntnis der Rechtssituation - eingegangene vertragliche Verpflichtungen führen zu einem erheblichen Schuldenberg.

C. Bildungsbereich

Neben der Schulpflicht für behördlich gemeldete Kinder gibt es nach dem Berliner Schulgesetz das Recht auf Beschulung unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Dies bedeutet, dass bei der Anmeldung in der Grund- oder Oberschule nicht zwingend eine Anmeldebestätigung vorgelegt, sondern lediglich der gewöhnliche Aufenthalt (Anschrift/ Kontaktdaten der Familie) benannt werden muss.

Das Schulamt Neukölln hat also jedem Kind das Recht auf Beschulung zu gewähren und ihm einen Schulplatz zuzuweisen. Dies wird derzeit auch so umgesetzt. Die Beschulung der Neuzugänge ist allerdings im Oberschulbereich nicht mehr vollständig gesichert. Bereits zum Schuljahresbeginn 2011/12 konnten die zusätzlichen Schüler/innen nur durch Rücknahme von abgesenkten Klassenfrequenzen und mit Ausnutzung aller verfügbaren Platzkapazitäten untergebracht werden.

Die vorwiegend rumänischen und bulgarischen Kinder sind größtenteils im Unterricht aufgeschlossen und lernwillig, es fehlt ihnen jedoch die entscheidende Voraussetzung für ihren schulischen Erfolg. Sie verfügen über sehr geringe oder keinerlei deutsche Sprachkenntnisse und können so dem Unterricht in der Regelklasse nicht folgen. Darüber hinaus sind die Kinder häufig nicht altersgerecht entwickelt, nicht alphabetisiert und haben wenig oder keine schulischen Vorerfahrungen. Es kommt zunehmend auch zu körperlichen Auseinandersetzungen, weil die sprachliche Kommunikation nicht funktioniert. Darüber hinaus geben Lehrerinnen und Lehrer die Rückmeldung, dass es vermehrt auch zu Konflikten zwischen den verschiedenen Ethnien türkischer, arabischer oder rumänischer und bulgarischer Herkunft kommt.

Schulleitungen und Lehrerinnen und Lehrer geraten in dieser Situation zunehmend an ihre Grenzen, auch weil mitten im Schuljahresverlauf immer wieder neue Kinder dazu kommen und der Förderbedarf nicht planbar ist. Mit dem erwarteten Zuzug weiterer Kinder in die betroffenen Schulen, die mit ähnlich schlechten Voraussetzungen ihre Schullaufbahn in Berlin starten, sieht sich das Bezirksamt Neukölln von Berlin zunehmend an den Grenzen seiner Möglichkeiten für eine adäquate Beschulung dieser Kinder angelangt.

Neben den seit April 2011 zusätzlich befristet bis Mitte 2012 eingestellten 11 Sprachmittlern an sieben Grundschulen und zwei weiterführenden Schulen gibt es insgesamt acht Kleinklassen für zugezogene Kinder ohne Deutschkenntnisse an vier Grundschulen (jeweils zwei an der Rixdorfer Grundschule, der Karlsgarten-Grundschule, der Schule am Teltowkanal und der Fallada-Schule). Die Förderklassen haben 12 bis 15 Plätze und dienen der speziellen Förderung von nach Deutschland zugezogenen Kindern, unabhängig von ihrer Nationalität.

Die Grundschule meldet dem Schulamt die Kinder, die diese Förderung benötigen, damit sie dem Schulunterricht folgen können. Derzeit befinden sich auf der Warteliste noch 23 Schüler/innen. Praktisch bedeutet dies, dass z.B. ein Junge in der Boddin-Grundschule mehrere Wochen wartet, um dann für die Förderung in die Rixdorfer Schule zu gehen und dann wieder mit einem gewissen Sprachstand zurück in die Boddin-Schule in die Regelklasse zu kommen. Um diese Wartesituation für die Kinder nutzbringend zu gestalten, gibt es an mehreren Grundschulen im Norden besagte zusätzliche Sprachmittler.

An der Hans-Fallada-Schule gibt es in der Grundschule und dem Förderzentrum noch jeweils eine temporäre Lerngruppe. Diese temporären Lerngruppen werden von Schüler/innen besucht, die dauerhaft zur Schule gehören und nur zeitweise aus dem regulären Unterricht zur Sprachförderung genommen werden. Ein besonders erfolgreiches Modell für den Lernerfolg ist eine Klasse von Schulanfängern an der Hans-Fallada-Schule; in der eine rumänischsprachige Sprachmittlerin und eine reguläre Lehrerin als Tandem tätig sind.

Im Sekundarschulbereich kann zeitlich befristet seit November 2011 inzwischen 50 Jugendlichen kein Schulplatz zugewiesen werden, da die personellen und räumlichen Kapazitäten nicht zur Verfügung stehen. Ab Mitte / Ende April 2012 sollen in Kooperation mit der Schulaufsicht Neukölln drei Kleinklassen für Jugendliche ohne Deutschkenntnisse mit jeweils 15 Schüler(inne)n an der Kepler-Schule, der Alfred-Nobel-Schule und der Hermann-von-Helmholtz-Schule eingerichtet werden.

Die Schulen und Sozialarbeiter/innen wünschen sich noch weitere Sprachförderangebote für den Nachmittag; hierfür gibt es aber keine speziellen Module bzw. Finanzierungsmöglichkeiten, die nicht auch eine Eigenbeteiligung der Schulen vorsehen, für die die Mittel vielfach nicht vorhanden sind.

Bei der Bewertung der schulischen Situation kommen die Fachleute vor Ort immer wieder zu dem Schluss, dass **dringend zusätzliche Kräfte, Lehrerinnen und Lehrer sowie Sprach- und Kulturmittler benötigt werden**, die in der Lage sind, in gesonderten temporären Lerngruppen mit diesen Kindern zu arbeiten, um sie auf die Regelklasse vorzubereiten und sie überhaupt erst schulfähig zu machen.

Nicht mehr schulpflichtige Jugendliche ab 16 Jahren können an einem vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geförderten Jugend-Integrationskurs teilnehmen. Dieser ist für SGB II-Leistungsempfänger kostenlos. Die Jugendlichen, die keine SGB II-Leistungen beziehen, müssen einen Eigenbeitrag von 1 € pro Unterrichtsstunde leisten. Dies stellt für viele Familien eine unüberwindbare finanzielle Hürde dar, weil die Haushalte unterhalb der Existenzgrenze leben.

Bezogen auf die Versorgung der neu Zugewanderten mit Kitaplätzen stellt sich die Situation wie folgt dar: Die Ausstellung eines Kita-Gutscheines bedarf eines höheren Aufwandes, da hier auch der zeitliche Betreuungsbedarf mit festgelegt wird. Bislang gibt es nur wenige Kinder von Unionsbürgern aus den neuen Beitrittsländern, die in Kitas betreut werden. Dies ist aber nicht nur mit den Nachweis-pflichten der Eltern bzw. den Erfordernissen des Finanzierungssystems zu begründen, sondern auch mit den derzeit vollen Kindertagesstätten aufgrund des Erziehermangels und des gestiegenen Platzbedarfs durch die Kitakostenbefreiung ab dem 3. Lebensjahr im Land Berlin.

Es gibt immer mehr Eltern, die ihre Kinder zur Vorbereitung auf die Schule gern in eine Kita geben wollen, allerdings sind die Wartelisten lang und nur wenige rumänische und bulgarische Kinder besuchen in 2012 eine Kita.

Attestiert der Sprachstandstest vor der Einschulung einen Förderbedarf, so kann den Kindern hier keine Sprachförderung in den Kitas angeboten werden, da die nötigen Ressourcen fehlen. Dies hat zur Folge, dass trotz der Kenntnis des Förderbedarfs und des Willens der Eltern, das Kind trotzdem mit wenig bis keinen Deutschkenntnissen eingeschult wird.

Damit bleibt das Thema des Spracherwerbs für die Kinder trotz mehrjähriger Aufenthalts in Neukölln im Kita-Alter ungelöst.

Ganz ausdrücklich will das Bezirksamt Neukölln, dass jedes Kind - egal welcher Herkunft - die bestmögliche Förderung erhält und hierzu gehört als Prämisse die Förderung der deutschen Sprache. Es gibt immer wieder den Fall, dass Familien über den verpflichtenden Schulbesuch informiert und nachdrücklich aufgefordert werden, ihre Kinder anzumelden. Der überwiegende Anteil der Kinder im Grundschulalter ist sehr wissbegierig und nimmt die Förderung gut an. Für Kinder im Sekundarschulalter ist die Situation schwieriger, da die Sprach-, Wissens- und Entwicklungsdefizite höher sind und sie wie alle Jugendlichen eine Neuorientierung durchmachen. Praktische Einheiten wie Werken, Nähen usw. werden angenommen und die Jugendlichen sind hier äußerst konzentriert. Bei der Gestaltung des Schulunterrichtes muss dies stärker Beachtung finden. Allerdings werden solche praktischen Workshops oftmals nur über drittmittelfinanzierte Projekte in die Schule integriert bzw. der Bereich des „produktiven Lernens“ muss erst noch weiter in den Sekundarschulen etabliert werden. Einige Schulen haben aber schon länger Erfahrungen mit dem praktischen Lernen z.B. das Förderzentrum Hans-Fallada-Schule hat vier Schülerfirmen. Die Erkenntnisse hier könnten für die weitere Beschulung genutzt werden.

D. Gesundheitsbereich

Soweit die Krankenversicherung nicht über ein mit EU-Arbeitsgenehmigung geregeltes Arbeitsverhältnis abgesichert ist oder über einen Transferleistungsbezug als Aufstocker über das Jobcenter, müsste der rumänische bzw. bulgarische Staat die Krankenversorgung seiner Staatsangehörigen sichern. Die rumänische und bulgarische Krankenversicherung kann in den Fällen, in denen auch eine Krankenversicherung im Heimatland besteht, eine europäische Krankenversicherungskarte (EUHIC) ausstellen. Über diese EUHIC können dann Notfallbehandlungen abgerechnet werden. Bei der Handhabung gibt es aber auf vielen Seiten Verunsicherung und die Kommunikation mit den Versicherungen im Heimatland gestaltet sich schwierig. In der Folge wird häufig nur im Notfall sofort behandelt, in allen anderen Fällen fordern Ärzte/Krankenhäuser zunächst eine Klärung der Kostenübernahme bzw. stellen die Kosten dem Patienten direkt in Rechnung.

Unabhängig von der akuten, individuellen Krankheit, wo es Wege und Möglichkeiten in einer Großstadt gibt, ärztliche Versorgung auch ohne Krankenversicherung (Malteser Migranten Medizin) einzuholen, muss aber das Augenmerk auf die Impfungen und die Verhinderung der Ausbreitung von Infektionskrankheiten gelegt werden.

Durch fehlende Impfnachweise und die bestehende Sprachbarriere kann der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst keine Auskunft über den Impfstatus der zugewanderten Kinder geben bzw. müsste eigentlich alle Kinder dieser Personengruppe bei der Schuleingangsuntersuchung und möglichst auch deren noch nicht schulpflichtige Geschwister durchimpfen. Hierfür fehlt es der Kommune an finanziellen Mitteln. Es gibt Hinweise von Senatsseite, dass dieser Mittelbedarf anerkannt wird und die Bezirke hier entlastet werden sollen.

Es kommt dann auch zu Situationen - wie diese vom Vivantes Klinikum Neukölln beschrieben werden -, dass eine in höchsten Wehen befindliche Frau im Krankenhaus ankommt, ihr Kind gebärt und kurz nach der Geburt vor der Aufnahme der Daten die Klinik verlässt. Hier bleibt dann die Kostenfrage ungeklärt.

Im Fall des unabweisbaren Notfalles (Geburten zählen nicht dazu) gibt es die Möglichkeit einer Kostenübernahme nach § 25 SGB XII. In diesem Fall liegt die Beweislast, dass der Patient hilfebedürftig, mittellos und nicht krankenversichert ist, beim Krankenhaus. Dieses ist wiederum auf die Mithilfe des Patienten und damit auch Sprachmittlung angewiesen. Seit einem Jahr gibt es hierzu einen Fragebogen, der eine zügige Entscheidung der Sozialämter herbeiführen soll.

E. Wohnsituation

Ein wesentlicher Grund dafür, dass sich vermehrt Unionsbürger aus den neuen Beitrittsländern - Familien aus Rumänien und Bulgarien - im Norden Neuköllns ansiedeln, sind die sozialen Rahmenbedingungen und die Wohn- und Mietstrukturen. Es handelt sich zum größten Teil um Mietskasernen in privater Hand oder im Besitz kleinerer Gesellschaften von Einzeleigentümern. Der Zustand der Häuser und Wohnungen entspricht häufig nicht den nachgefragten Standards der Mehrheitsgesellschaft, sodass Rumänen und Bulgaren bei einzelnen Vermietern gern gesehene Mieter sind, die bereit sind, aus der Not heraus, Wohnungen in einem schlechten Zustand zu unverhältnismäßig hohen Mietpreisen anzunehmen. Der Vermieter kann meist weiterhin gewiss sein, dass sie über den schlechten Wohnungszustand - aus Angst - auch nicht bei staatlichen Stellen, wie dem Bau- und Wohnungsaufsichtsamt, beschweren. Hinzu kommt, dass Roma-Familien auf dem freien Wohnungsmarkt von Vermietern mit Vorurteilen konfrontiert sind und kaum eine Wohnung finden. Sie geraten dann an Vermieter, die bewusst diesen Personenkreis wählen, um die prekäre Lage, in der sie sich befinden, auszunutzen. Mietzahlungen werden häufig nicht pro Wohnung, sondern pro Zimmer oder pro Schlafplatz abgerechnet und teilweise in Bar an der Haustür abkassiert. Darüber hinaus gibt es Transferleistungsempfänger, die ihre Wohnung untervermieten und sich damit ein Zubrot verdienen. Das Bezirksamt Neukölln hat keine Möglichkeit auf diese Geschäfte, von denen es nur aus den Berichten Betroffener erfährt, Einfluss zu nehmen.

Die Bau- und Wohnungsaufsicht kann hier nur die öffentlich zugänglichen Bereiche von Amtswegen monieren und den Hauseigentümer zur Abhilfe auffordern (ggf. späteres Ordnungswidrigkeitenverfahren). Um die individuelle Wohnsituation zu verbessern, muss aber ein Hinweis des Mieters selbst vorliegen und auch der direkte Weg einer Abhilfe durch die Hausverwaltung muss ausgeschöpft sein. Dies sind Hürden, die dieser Personenkreis nur mit Unterstützung meistern kann.

Natürlich gibt es auch Gruppen, die diesen anscheinend unkontrolliert vermieteten Wohnraum konkret zur Beherbergung weiterer entfernter Familienangehöriger oder Bekannter nutzen und damit auch den Fortbestand ihres Mietverhältnisses riskieren.

F. Sozialer Friede

Das Wohnumfeld von überbelegten Häusern ist einer starken Mehrbelastung ausgesetzt, was sich in einer Abgrenzung zwischen den ursprünglichen Anwohnern zu den Zuzüglern auswirkt. Konfliktpotential bietet die unterschiedliche Nutzung des öffentlichen Raums und damit einhergehender Lärmbelastigungen, ein erhöhtes Müllaufkommen, Sachbeschädigungen, Störungen der Nachtruhe und ein generell anderes Verständnis von nachbarschaftlichem Zusammenleben. Die direkten Anwohner und Nachbarn reagieren oftmals mit Unverständnis, Resignation, Hilferufen, Wut, Empörung oder sogar Hass auf die Lage. Beschimpfungen und Gesten sind keine Seltenheit und auch in der „Rangordnung“ der anderen Nationalitäten, stehen die Unionsbürger aus den neuen Beitrittsländern- Familien aus Rumänien, Bulgarien, Kroatien oder Polen an letzter Stelle. Unterschwellig wirkt ein bestehender Antiziganismus, der auch von den Elternhäusern weiter über die Kinder gegeben wird und für die Bildungseinrichtungen eine zusätzliche Herausforderung bedeutet.

Die Bürgerbewegung Pro Deutschland nutzt gezielt das Unwissen über die rechtliche Situation aus und hat bereits versucht, mit einer Postkartenaktion eine Hetzkampagne zu betreiben. Initiiert vom Bündnis gegen Rassismus fand am 03.03.2012 eine Demonstration statt, die mehr Solidarität mit den in Berlin lebenden Roma gefordert und den latent herrschenden Antiziganismus angeprangert hat.

Es wird also deutlich, dass Berlin bzw. die Bezirke sich der Diskussion um die Armutswanderung in Europa nicht mehr entziehen können.

4. LÖSUNGSANSÄTZE UND MAßNAHMEN

Der Bezirk Neukölln hat mit mehreren, kleinteiligen Projekten auf die Zuzugswelle reagiert. Es fehlt zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber noch an einer übergeordneten gesamtstädtischen Strategie bzw. abgestimmten Instrumenten, die Neukölln bzw. allen betroffenen Berliner Bezirken dienen. Einige landesweite Projekte werden von den jeweiligen Senatsfachverwaltungen initiiert, eine landesweite Strategie bzw. die Initialzündung für diese fehlt aber bis zum heutigen Tage.

Im ersten Neuköllner Roma - Statusbericht wurden folgende Projekte vorgestellt, die aber mittlerweile abgeschlossen sind. Auf die erneute Vorstellung dieser Projekte wird aus Platzgründen verzichtet:

- spezielle Förderangebote für Kinder im Umkreis der Hans-Fallada Schule (Sommerschule, Sommerfreizeit)
- Projekt zur beruflichen Orientierung von jungen Menschen „Lachi Bucci“/ Amaro Drom e.V.
- Angebot der Volkshochschule Neukölln: Spracherwerb für Erwachsene

- Angebot der Volkshochschule Neukölln: Geschichte und Kultur der Unionsbürger aus den neuen Beitrittsländern für Multiplikatoren
- Informationsangebot der Europabeauftragten
- Bereits abgeschlossen aber damals nicht extra aufgeführt:
 - ❖ Herbstfreizeit / Fortführung der Sommerfreizeit durch den Träger Aspe e.V.
 - ❖ Bänkebauprojekt / Jugendclub Grenzallee
 - ❖ Stärken vor Ort-Projekt „Gemeinsam Arbeiten und Lernen-Integration im Quartier“ - Holzwerkstatt mit Jugendlichen der Kepler Schule“ der Kubus gGmbH

Aktuelle Projekte auf Landesebene:

Zusätzliche Sozialarbeiter/innen an Schwerpunktschulen (Bildungspaket)

Zum Schuljahr 2011/2012 wurde finanziert aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets der Bundesregierung in den Bezirken Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln und Spandau in jeweils einer Schule, die vermehrt Schüler/-innen dieser Ethnie beschult, eine zusätzliche Sozialarbeiterin eingesetzt. In Neukölln ist dies die Rixdorfer Schule.

Rumänisch- und Bulgarischsprachige Sprach- und Kulturmittler an Schulen

In Neukölln sind seit April 2011 insgesamt 11 befristet (Vertrag endet August 2012) eingestellte pädagogische Kräfte (8,3 Stellenanteile) als Sprachmittler und zur Unterstützung der Schulen mit größeren Anteilen von Kindern mit Roma-Hintergrund von der Senatsbildungsverwaltung eingesetzt worden. Es handelt sich hier zum Teil um Lehrkräfte, die in Rumänien auf Lehramt Deutsch und Rumänisch studiert haben, hier aber keine Anerkennung als Lehrer erhalten.

Es sind acht Grundschulen und zwei Sekundarschulen (die Röntgen-Schule und die Liebig-Schule) mit zusätzlicher Unterstützung ausgestattet worden. An der Hans-Fallada-Schule sind zwei Kolleginnen seit April 2011 zusätzlich tätig. An den anderen Schulen ist jeweils eine Person tätig. Aufgabe dieses pädagogischen Unterstützungspersonals ist in erster Linie die Kultur- und Sprachmittlung und das Unterrichten der deutschen Sprache in temporären Lerngruppen außerhalb der Regelklasse.

Der Bezirk muss sich hier immer wieder für die Notwendigkeit der Sprachmittlung einsetzen, denn, wie bereits geschrieben, ist das Regelangebot der Kleinklassen nicht ausreichend.

Beschulung: Lerngruppen für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse

Wie bereits unter dem Abschnitt Bildungsbereich beschrieben, hat die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft spezielle Kleinklassen an zentralen Schulen gebildet. Seit 2011 sind mittlerweile landesweit rund 60 Lehrkräfte in "Lerngruppen für Neuzugänge" tätig.

<http://www.berlin.de/sen/bildung/foerderung/sprachfoerderung/>

Modellprojekt für die Aktionsräume Mitte, Marzahn-Hellersdorf und Neukölln aus Mitteln des Quartiersfonds 5: Maßnahmen zur Stärkung der Roma-Community in Berlin – insbesondere aufsuchende Sozialarbeit und Aufbau von Selbsthilfestrukturen

In Kooperation der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen/Integrationsbeauftragte und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft ist ein bezirksübergreifendes Modellprojekt konzipiert worden.

Es umfasst drei Bausteine:

- aufsuchende Sozialarbeit durch Mitarbeiter des Trägers Südost Europa Kultur e.V. und weiterer Netzwerkpartner
- Die Volkshochschulen Berlin-Mitte und Berlin-Neukölln erarbeiten und erproben ein Konzept basierend auf Erfahrungen aus England und Kanada zur Sprach-, Lese-, Schreib- und Lernförderung für Eltern und ihre Kinder *gemeinsam*. Für Neukölln sind eine altersübergreifende Gruppe an der Hans-Fallada-Schule und eine „Familiengruppe“ im Wohnkomplex Harzer / Ecke Treptower Straße vorgesehen.
Wichtiger Baustein ist das Tandem Modell, wonach ein klassischer DAZ Lehrer mit einer Sprachmittlerin aus der Community zusammen unterrichtet.
Bei Bedarf wird dieser Baustein mit dem Baustein aufsuchende Sozialarbeit verknüpft.
- Community building
Amaro Drom soll als Landesverband die Stärkung der Selbsthilfestrukturen vorantreiben.

XENOS - Berufliche Orientierung zur besseren Integration in den Arbeitsmarkt (1. Januar 2012 bis 31.12.2014)

Träger: Südost Europa Kultur e.V.

Dieses Projekt bietet in einem Zeitraum von drei Jahren und im Rahmen von insgesamt fünf Projektdurchläufen mit 9-monatiger Dauer niederschwellige berufliche Orientierung insbesondere für junge Roma zwischen 15 und 24 Jahren an. In verschiedenen Werkstätten werden 6 Monate lang praktische Erfahrungen auf unterschiedlichen Berufsfeldern gesammelt. Zielgruppenorientierte Seminare vermitteln schulisches und praktisches Basiswissen. Exkursionen in Einrichtungen und Betriebe runden das Angebot ab, durch welches berufliches Interesse geweckt und gefördert werden soll. Vertieft und angewendet werden die gesammelten Erfahrungen in 3-monatigen Praktika. Um die regelmäßige Projektteilnahme der jungen Menschen zu fördern und sie von unverhältnismäßigen familiären Aufgaben zu entlasten, wird das engere familiäre Umfeld mit einbezogen, sozialpädagogisch beraten und betreut.

<http://www.suedost-ev.de/projekte/projekte>

Anlaufstelle für europäische Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter sowie Roma

Die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen / Beauftragter des Senats für Integration und Migration finanziert seit 2010 diese Beratungsstelle. Träger sind hier Südost Europa Kultur e.V. und Amaro Drom e.V. Die Beratung umfasst Fragen des Aufenthalts, der Arbeitsaufnahme und sonstiger Probleme. Erstberatung bei Anfeindungen und antiziganistischen Vorfällen, Vermittlung zu den Angeboten der Regeldienste (ggf. auch Sprachmittlerdienste), Intervention in Konfliktfällen.

http://www.suedost-ev.de/mobile_anlaufstelle/mobile_anlaufstelle.php

<http://amarodrom.de/roma-anlaufstelle-berlin>

bridge - ESF-Bundesprogramm zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt

Fachlich zuständig ist die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen/der Integrationsbeauftragte. Als Träger fungiert hier „Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V.“ (RAA), der die berufliche und soziale Orientierung sowie arbeitsmarktbezogene Unterstützung von Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien (u.a. Berufsorientierung, Beratung und Begleitung zu Behörden, Klärung sozialer und rechtlicher Fragen über Sprachförderung, berufliche Fortbildungen/Qualifizierungen, Vermittlung in Praktika und Beschäftigung, Unterstützung am Arbeitsplatz) in den Mittelpunkt seiner Tätigkeit stellt.
<http://www.raa-berlin.de/Neu2011/Berufliche%20Beratung.html>

Unterstützung von Roma-Selbstorganisationen / Bekämpfung des Antiziganismus

Fachlich zuständig ist die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen/der Integrationsbeauftragte, Träger ist Amaro Drom e.V.
 Ziel ist eine tragfähige Selbsthilfestruktur aufzubauen und das Selbstverständnis der Roma zu stärken, damit sie als Gemeinschaft einen Beitrag in Berlin leisten können und auch einzeln als Vorbilder für ihre Community dienen.
<http://www.amarodrom.de/>

Gesundheitliche Versorgung

Die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales unterstützt den Malteser Migranten Medizindienst. An drei Tagen findet für Menschen ohne Krankenversicherung eine anonyme Beratung und Behandlung statt. Zusätzlich gibt es zweimal pro Woche eine gynäkologische und einmal pro Woche eine kinderärztliche, eine zahnmedizinische und eine neurologisch-psychiatrische Sprechstunde.
<http://www.malteser-migranten-medizin.de/index.php?id=101253>

Bezirkliche Projekte:

Task Force Okerstraße (TFO)

Im Quartiersmanagementgebiet Schillerpromenade im nordwestlichen Teil des Bezirks entwickelte sich ausgehend von so genannten „Problemhäusern“ in den Jahren 2008 / 2009 eine starke Belastung für den sozialen Frieden im Quartier. Die vielschichtige Problemlage und die Finanzierungsmöglichkeit durch das EU-Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ hat es hier ermöglicht, ab 2010 begrenzt für einen Projektzeitraum von drei Jahren einen Träger mit bestimmten Aufgaben der Gebietskoordination modellhaft zu versehen. Das Quartier selbst verfügt über eine gute Angebotslage in Bezug auf den Kinder- und Jugendbereich, jedoch hatten die neu im Quartier angekommenen Anwohner keinen Zugang zu diesen Angeboten. Innerhalb der drei Jahre soll es dem Träger gelingen, diesen Personenkreis besser in den Kiez zu integrieren.

Das grundlegende Ziel des Projekts ist eine nachhaltige Verbesserung des nachbarschaftlichen Miteinanders in den ausgewiesenen Problembereichen: Okerstraße (zwischen Schillerpromenade und Hermannstraße), die Weisestraße (zwischen Oker- und Leinestraße) sowie die Schillerpromenade (von der Leinestraße bis zum Herrfurthplatz).

Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung und gleichzeitig das Modellhafte der Projektidee TFO ist die projektbezogene, intensive Vernetzung aller beteiligten Fachämter, Institutionen und Einrichtungen in Form einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der AG Task Force Okerstraße, koordiniert durch den Neuköllner Migrationsbeauftragten.

Das Interkulturelle Bündnis für Berlin gGmbH (iBfB) bietet in der Okerstraße 3 Beratungen jeglicher Form an bzw. vermittelt zu weiteren Unterstützungsangeboten. Außerdem findet eine Nachmittagsbetreuung für Kinder statt.

Kooperation der Verwaltungen – AG Roma

Aus der Situationsanalyse wird deutlich, dass viele unterschiedliche Verwaltungseinheiten mit neuen Herausforderungen konfrontiert sind. Um die Ressortübergreifende Zusammenarbeit zu erleichtern und Reibungsverluste zu vermeiden, wurde eine Arbeitsgruppe zur Roma-Problematik eingerichtet, die sich schwerpunktmäßig mit dem Wohngebiet Harzer Straße / Ecke Treptower Straße beschäftigt, da es sich hier um die zahlenmäßig größte Roma-Ansiedlung Berlins handelt.

Bei diesem runden Tisch treffen sich Vertreter/-innen des Bürgeramtes, des Ordnungsamtes, des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes, des Gesundheitsamtes, des Jobcenters, der Schulaufsicht, der Schulleiter der Hans-Fallada-Schule, die rumänischsprachigen Lehrerinnen, die Kita-Leiterin Treptower Straße und die Europabeauftragte regelmäßig.

Seit Gründung der AG im Mai 2011 hat sich der Kreis der Mitglieder und das Aufgabengebiet (gesamt Nord-Neukölln) erweitert, so ist regelmäßig eine Vertreterin des Beauftragten für Migration und Integration des Senats, die Volkshochschule, Amaro Foro e.V., Südost Europa Kultur e.V. und Vertreter der Senatsbildungsverwaltung/Schulaufsicht anwesend. Je nach Themengebiet wird der Kreis erweitert.

Um die Lebens- und Wohnbedingungen zu verbessern, wird jetzt versucht, gezielt die Mieterschaft eines der betroffenen Häuser „zusammenzubringen“ und ihnen mit Hilfe der involvierten Träger bestimmte Wege zu eröffnen, wie sie ihre Rechte durchsetzen können und welche Pflichten sie dabei haben.

Bereich Selgenauer Weg

Abgetrennt von der AG Roma hat sich hier ein runder Tisch mit Vertretern der Hausverwaltung - einem Mediator und einer Rechtsanwältin, der Polizei, des Jugendamtes, des Ordnungsamtes sowie von Vertretern der Mieterschaft gebildet. Das Jugendamt schickte Straßensozialarbeiter in den Selgenauer Weg und Familienhelfer in verschiedene Familien. In der Kinder- und Jugendeinrichtung NW 80 wurden spezielle Angebote für die Mütter und Kinder der Roma Familien installiert.

Kooperation der Beratungseinrichtungen

Aus der Notwendigkeit, sich inhaltlich abzustimmen und zur Steigerung der Beratungsqualität bei den schwierigen Rechtsgebieten (z.B. Krankenversicherung) treffen sich die Neuköllner Beratungsstellen regelmäßig. Dies sind u.a. Amaro Foro e.V., Diakoniewerk Simeon mit der Migrationsberatung für Erwachsene, Taschengeldfirma e.V., Bulgarischer Informationsservice e.V. (keine abschließende Aufzählung).

Mikroprojekte zur sozialen, schulischen und beruflichen Integration

Fotokurs in Kooperation mit der Kepler Schule zum Thema "Die Stadt in meinen Augen" Roma-Jugendliche sehen Berlin/Neukölln. (Förderung aus ESF-Mitteln aus dem Programm LSK - Lokales Soziales Kapital – 2. Quartal 2012)

Das Projekt dient der sozialen und schulischen Integration mittels Fotografie. Am Ende sollen Bilder Neuköllns/Berlins in einer Ausstellung präsentiert werden.
http://www.bbwa-berlin.de/file_tmp/GBVI_BBWA_N_600_Joscha_Remus_LSK2012_Anfang_ext.pdf

Lokaler Aktionsplan "Toleranz fördern - Kompetenz stärken" in Neukölln-Nord „NNK Be-Respect-ed - jugendkulturelle Projekte“ (2012)

Im Rahmen von Schulprojekten des Trägers Cultures Interactive e. V., bei denen auch Roma-Jugendliche mitwirken, werden Themen wie Diskriminierung bearbeitet.

http://www.demokratischevielfaltneukoelln.de/eingang.php?id=pro_details&projekt=33

Orte der Integration - Hans-Fallada-Schule - Zeitrahmen 2012/Anfang 2014

Neukölln erhält Mittel als eines von acht bundesweit bewilligten Modellvorhaben im Rahmen des Forschungsfeldes „Orte der Integration im Quartier“. Das Bundesamt für Bau-, Stadt- und Raumforschung hat dem Bezirk eine Förderung von 78.000 Euro zugesprochen, um an der Hans-Fallada-Schule von 2012 bis 2014 einen „Ort der Integration“ zu schaffen. Das Projekt sieht den Umbau der ehemaligen Hausmeisterdienstwohnung zum offenen Elterntreff vor. Der neue Elterntreff soll ein Ort der Begegnung für das umliegende Quartier werden, in dem es an sozialer Infrastruktur und Teilhabemöglichkeiten mangelt. Es sollen Angebote für Kinder, Eltern und Anwohner gemacht werden, die das Gemeinwesen und die Schule als zentralen Ort und Anlaufstelle im Kiez stärken helfen.

Träger ist hier die Abt. Bildung, Schule, Kultur und Sport, zuständig ist die Neuköllner Europabeauftragte.

http://www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_21260/BBSR/DE/FP/ExWoSt/Forschungsfelder/2011/Integration/aufruf.html

Bildungsangebote für Erwachsene

Die VHS Neukölln verfügt im Rahmen der langjährigen Durchführung von „Deutsch als zweite Fremdsprache-Kursen“ über einen breiten Erfahrungsschatz. Dennoch schlugen die ersten Versuche einen Deutschkurs für Roma in einer Grundschule zu etablieren aufgrund der mangelnden Akzeptanz fehl. Mittlerweile hat sich herauskristallisiert, dass neue Wege für Alphabetisierung und Spracherwerb gefunden werden müssen. Eines ist beispielsweise das Tandem-System, d.h. ein Deutschlehrer unterrichtet zusammen mit einem Roma-Mediator. Die Angebote müssen sehr viel mehr einen praktischen, haptischen Fokus verfolgen. Zudem sind die Besonderheiten der Familien zu berücksichtigen, d.h. aufgrund der vielen, jungen Kinder und der derzeit schlechten Betreuungssituation müssen Angebote die Familie an sich umfassen.

In Planung ist die weitere Fortführung eines von Aspe e.V. durchgeführten Alphabetisierungskurses in der High-Deck-Siedlung, der dann mit der gleichen Bezugsperson die Deutsche Sprache vermittelt.

Auch das Modellprojekt „Stadtteilmütter“ ist offen für rumänische, bulgarische, polnische Frauen sich hier zu bewerben und zu qualifizieren.

Projekte in den Quartieren

Neukölln hat 11 Quartiersmanagementgebiete (Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf, die durch das EU-Bund-Länder-Programm Soziale Stadt gefördert werden). Hier können kleinteilig, abgestimmt auf die lokalen Bedarfe Projekte gefördert werden.

Die Projektmittel sind in der Höhe oftmals begrenzt und hängen auch an der Zustimmung einer Vergabejury, die sich u.a. aus lokalen Vertretern zusammensetzt.

Quartiersmanagementgebiet High-Deck-Siedlung:

- ❖ Kostenloser Alphabetisierungskurs für Jugendliche und Erwachsene in Rromanese, Bosnisch, Polnisch, Serbisch, Bulgarisch, Kroatisch (Finanzierung durch das EU-Bundes-Programm Bildung, Wirtschaft und Arbeit im Quartier - BIWAQ 2009-2012); Träger: Aspe e.V.
<http://www.aspe-berlin.de/seite066.html>

Quartiersmanagementgebiet Flughafenstraße:

- ❖ Analyse der Bedarfslage und Einberufung einer thematischen Netzwerkrunde „Roma“ im Flughafenkiez
<http://amarodrom.de/media/bedarfsanalyse.pdf>
- ❖ Theater-Workshops im Roma Aether Klub für Theaterinteressierte aus den Bildungseinrichtungen und Nachbarschaften <http://www.rromaakt.de/>
- ❖ Unterstützung der Bildungs- und Nachbarschaftseinrichtungen bei der interkulturellen Öffnung gegenüber Neuzuwanderern mit Roma – Hintergrund, Unterstützung und Pflege von Ehrenamtsstrukturen zur Entwicklung von Bildungs- und Freizeitangeboten von Kindern und Jugendlichen, Kooperation und Netzwerkarbeit zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch, Darstellung pos. Beiträge der Roma für Quartiersentwicklung im Rahmen des Herdelezi Festivals.
Träger: Amaro Foro e.V. <http://www.amarodrom.de/berlin-amaro-foro>

Quartiersmanagementgebiet Körnerpark:

- ❖ Offener Nachmittag im Nachbarschaftsheim Neukölln für Roma-Mütter und ihre Kinder, niedrigschwellige Beratung im Bereich Bildung und Gesundheit
<http://www.nbh-neukoelln.de/index.php?familienbildung>
- ❖ Finanziert aus fallunspezifischen Mitteln des Jugendamtes Lotsenarbeit im Rahmen der "interkulturellen Kinder- und Familienarbeit" des Nachbarschaftsheim Neukölln.

Die vorgenannten Projekte sind oftmals zeitlich auf ein Jahr befristet und werden mit wenigen Tausend Euro ausgestattet. In den Quartieren liegen weitere Anträge zur Prüfung vor, über die zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber noch nicht entschieden wurde.

Weitere Aktive

Die Aachener Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft mbH

Der Eigentümer des desolaten Wohnkomplexes Harzer Straße / Ecke Treptower Straße hat im Sommer 2011 gewechselt und die neue Aachener Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft mbH will die Integration ihrer Mieter fördern und die Lebensbedingungen in dem vernachlässigten Wohnobjekt dauerhaft verbessern.

Die Gesellschaft hat bereits Fenster ausgetauscht, dämmt die Fassade, hat die Keller für gemeinsame Aktivitäten hergerichtet.

Der gesamte Innenhof wird umgestaltet und der Müllstandort verlagert. Geplant ist im Außenbereich ein Aufenthaltsbereich für die Familien. Eine Wohnung wurde bereits als Schulungs- und Beratungsraum hergerichtet. Es gibt sehr gute Pläne, wie unter Einbeziehung der Mieter – Roma und Nicht-Roma - vor Ort die Lebenssituation verbessert wird.

Ein Sprachkurs finanziert durch die Gesellschaft wird von den Mietern sehr gut angenommen und weitere Angebote auch in Kooperation mit der Volkshochschule Neukölln sollen folgen.

Bei der Umgestaltung ist der Kernpunkt die Einbeziehung der Mieter selbst, d.h. dass es beispielsweise einen Verantwortlichen für den Zustand des Treppenhauses gibt, einen für den Müllplatz und die dort ansässigen Selbstständigen im Bau- und Putzgewerbe werden vom Grundstückseigentümer beauftragt. Damit steigt die Identifikation mit ihrem Lebensumfeld und Verhalten, wie z.B. Müll aus dem Fenster werfen, wird nicht mehr stattfinden. Dieses Engagement des Eigentümers ist für Berlin einmalig. Das Modellprojekt „WIS“ Willkommen in Schule – offener Elterntreff an der Hans-Fallada-Schule wird auch großzügig durch die Aachener Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft mbH unterstützt.

Engagierte NGOs und Selbstorganisationen für diese Zielgruppe:

- ❖ Amaro Foro, Weichselplatz 8, 12045 Berlin, <http://www.amarodrom.de>
- ❖ Taschengeldfirma, Flughafenstraße 61, 12049 Berlin
<http://taschengeldfirma.net>
- ❖ Roma-Informationszentrum, Fuldastraße 41, 12045 Berlin
- ❖ BIS - Bulgarischer Integrationservice, Warthestraße 69, 12051 Berlin
- ❖ Roma Zentrum für interkulturellen Dialog e.V., Planetenstr. 81 12057 Berlin
- ❖ Interkulturelles Bündnis für Berlin gGmbH (iBfB), Okerstraße 3
- ❖ Nachbarschaftsheim Neukölln, Schierkerstraße 53, 12051 Berlin
<http://www.nbh-neukoelln.de>
- ❖ Aspe e.V., Brusendorfer Straße 20, 12055 Berlin, <http://www.aspe-berlin.de>
- ❖ Diakoniewerk Simeon gGmbH, Jugendmigrationsdienst, Morusstraße 18a 12053 Berlin, <http://www.jmd-neukoelln.de>

Kulturelles Angebot:

- ❖ Rroma Aether Klub Theater, Boddinstraße 5, 12053 Berlin
<http://www.rromaakt.de>

5. FAZIT UND AUSBLICK

Der erste Roma-Statusbericht des Bezirks Neukölln ist auf großes Interesse gestoßen und wird auch auf Landes- und Bundesebene als Referenzdokument angeführt. Der zweite Roma-Statusbericht setzt die Dokumentation fort. Der Bezirk Neukölln hat versucht, in den letzten Monaten die beteiligten Akteure im Bezirk näher zusammenzubringen und die Mitarbeiter/innen der Bezirksverwaltung für das Thema insoweit sensibilisiert, dass die Situation wahrgenommen und auch transparent gemacht wird.

Die Netzwerke auf lokaler Ebene sind stärker verzahnt und es gibt ein fundierteres Wissen über die mannigfaltigen Lebensumstände dieser Gruppe. Bestätigt hat sich bislang die Aussage, dass die Gesamtsituation für Neukölln eine enorme Herausforderung darstellt, da es innerhalb der Gruppe der Roma große Unterschiede in den Bereichen der Bildungsorientierung, der Lebensweisen und der Möglichkeiten einer erfolgreichen Integration gibt.

Nur ein geringer Teil der eingesessenen Bevölkerung sieht bislang auch eine Chance in den Zuzügen. Es überwiegen Argwohn, Angst, Vorurteile und Ablehnung. Vielfach besteht das allgemeine Vorurteil, dass die Zuziehenden einem „Wandervolk“ angehören. Das Dorf in der Nähe von Bukarest, das fast vollständig nach Berlin umgesiedelt ist, ist seit Generationen sesshaft. Sie sind bislang nur einmal gewandert und das nach Berlin-Neukölln. Die Kinder und Jugendlichen sind motiviert, die hier gebotene Chance zu nutzen und ihren Beitrag zu leisten.

Es gibt zwischen den Alteingesessenen immer wieder die Frage, warum der Bezirk sich speziell für diese Bevölkerungsgruppe einsetzt. Anscheinend ist nur schwer nachvollziehbar, dass es auch im Sinne der anderen Schüler/innen ist, wenn ein neuer Schüler sich so schnell wie möglich integrieren kann und sich die Lebens- und Wohnbedingungen verbessern, damit das Wohnumfeld insgesamt eine Entspannung im öffentlichen Raum wahrnimmt. Das bewusste Zugehen auf diese Ethnie mit dem Angebot der Unterstützung, im Rahmen der hier geltenden Regeln, kann in einem geeinten und gemeinsamen Europa die einzige Antwort sein. Ungenommen bleibt die Frage, wie die betroffenen Staaten wie z.B. Rumänien und Bulgarien sich bemühen, allen Bevölkerungsgruppen eine Chance in ihrer Heimat zu bieten bzw. zu gewährleisten.

Die Bestrebungen des Rates der Bürgermeister, landesweit einen so genannten Roma - Hilfsfonds einzurichten, um in den Bezirken schnellstmöglich finanziell handlungsfähig zu werden, blieben leider bisher erfolglos. Durch die Beratung des Haushalts 2012/2013 fährt der Zug jetzt nur im Schrittempo, da auch mit Drittmittel finanzierte Projekte oftmals nicht bewilligt werden können. Auch kleinere Projekte auf Bezirksebene können aufgrund der vorläufigen Haushaltswirtschaft nicht angeschoben werden. Viele der aufgeführten berlinweiten und bezirklichen Projekte wurden bereits im Dezember 2011 festgelegt.

Der Bezirk Neukölln hält es in erster Linie im Bildungsbereich für zwingend geboten, angesichts der großen Zahl der Romakinder an Neuköllner Schulen, weiteres Personal als Sprach- und Kulturmittler einzustellen und bestehende Verträge zu verlängern, um die zuziehenden Kinder bedarfsgerecht zu beschulen.

Es kann nur nochmals appelliert werden, dass auch in Anbetracht der Zuzüge aus Griechenland, Spanien und Portugal sich die Systeme den neuen Herausforderungen der Armutswanderung stellen müssen und weniger eine projekthafte Finanzierung erfolgen sollte, als die Regeldienste wie Schule, Kita und Regelberatungsdienste adäquater auszustatten und zu stärken. Hier sind die zuständigen Senatsverwaltungen für Arbeit, Integration und Frauen, Soziales und Gesundheit, Bildung, Jugend und Wissenschaft und Inneres in der Pflicht, umgehend Berlin weite Handlungs- und Finanzierungskonzepte zu entwickeln, die die Bezirke vor Ort in ihren Bemühungen unterstützen können.
